

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 63 (1976)
Heft: 8: Vererbung, Begabung, Intelligenz und Chancengleichheit II

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- KLAFKI W. et al. (1971): Funk-Kolleg Erziehungswissenschaft, Bd. 3, Kap. 8: Die anthropologischen und psychologischen Voraussetzungen der Erziehung. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- KOB J. (1963): Erziehung in Elternhaus und Schule. Eine soziologische Studie. Stuttgart: Enke.
- MEILI R. (1964): Untersuchungen über das Intel-

- lignenzniveau von Schweizer Kindern. *Nachwuchsförderung, Mitteilungsblatt der Schweiz. Vereinigung für die Förderung des beruflichen und wissenschaftlichen Nachwuchses, Nr. 6.*
- WEINERT F. E. (1974): Die Familie als Sozialisationsbedingung. In: WEINERT et al. – et al. (Ed.): Funk-Kolleg Pädagogische Psychologie. Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbuch.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Deutschunterricht in Westschweizer Schulen

Die Westschweizer Kantone (inklusive Jura) haben nun endgültig beschlossen, ab Herbst 1977 den Deutschunterricht allgemein in der vierten Primarklasse sukzessive einzuführen. Was die Lehrmethode anbelangt, einigte man sich auf eine audio-visuelle Methode eines französischen Professors. Darüber sind die Waadtländer erbost, welche in Versuchsklassen in Vevey und Rolle bereits eine andere Methode eingeführt hatten und nun wieder umstellen müssen. Die Walliser werden bereits ab nächsten Herbst (und nicht erst 1977) in der dritten Primarklasse damit beginnen.

CH: SP zur Bildungsreform

Die Reform des Bildungswesens in unserem Lande soll trotz Rezession ausgebaut werden. Diese Forderung stellte eine Bildungskonferenz der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), die in Bern ein umfassendes längerfristiges Bildungskonzept diskutierte und ergänzte. Das Konzept soll dem Parteitag im Oktober vorgelegt werden. Ferner fordert die Konferenz laut Communiqué den Einbau der Berufsbildung in das gesamte Bildungssystem. Als bildungspolitischen Grundsatz postuliert sie Förderung statt Selektion. Beraten wurde ausserdem über Vorschulerziehung, Erwachsenenbildung und Anpassungsfähigkeit der Schule an die Bedürfnisse des Kindes. Die Konferenz zählte rund 150 Teilnehmer aus der ganzen Schweiz, die Hälfte davon Frauen. Wie die Vorsitzende, Elisabeth Michel-Alder aus Zürich, abschliessend betonte, will die SPS «mit einer umfassenden Bildungsreform einen zentralen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft leisten».

ZH: Volksbegehren gegen Dienstverweigerer als Lehrer

Die grosse Debatte im Zürcher Kantonsrat über die Treuepflicht der Lehrer gegenüber dem Staat

hat bereits ihren Nachhall gefunden: Ein kantonales Initiativkomitee in Zürich lanciert ein Volksbegehren, das eine Beschäftigung von Personen im Lehrkörper sämtlicher Stufen des zürcherischen Unterrichts- und Bildungswesens untersagen will, welche wegen Dienstverweigerung zu einer im Eidgenössischen Strafregister noch nicht gelöschten Freiheitsstrafe verurteilt und aus der Armee ausgeschlossen wurden. Diese Bestimmungen gelten sinngemäss auch für Personen, die wegen Aufforderung zur Dienstverweigerung verurteilt worden waren.

BE: Aufgehobene Zulassungsprüfung an der Uni Bern

Durch Regierungsratsbeschluss ist im Kanton Bern die besondere Zulassungsprüfung für die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Bern für Studienanwärter ohne Maturitätszeugnis aufgehoben worden. Damit unterstehen Studienanwärter für diese Richtung, gleich wie diejenigen anderer Fakultäten, fortan den Aufnahmebedingungen des «Reglements über den Eintritt in die Universität Bern».

BE: Arbeitslose Lehrer organisieren sich

In Bern ist eine Arbeitsgruppe zur Gründung einer Selbsthilfeorganisation der arbeitslosen Lehrer konstituiert worden. Diese soll die Interessen ihrer Mitglieder wahren und Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur individuellen Förderung ihrer Mitglieder treffen.

LU: Neue Geschichte an der Volksschule macht Schwierigkeiten

Es war ursprünglich vorgesehen, die bisher im Geschichtsunterricht verwendeten Bücher von Franz Meyer durch vier Hefte als Einweglehrmittel pro Schuljahr in Broschürenform zu ersetzen. Finanzielle Erwägungen und eine wesentliche Erhöhung der Druckkosten dieser neuen Ge-

schichtslehrmittel brachten mit sich, dass gewisse Änderungen unumgänglich sind.

Das Heft I der Schweizergeschichte wird um ein Jahr zurückgestellt. Später werden die Einweglehrmittel im 6. und 7. Schuljahr als Mehrweg-Lehrbuch herausgegeben, die Schweizergeschichte wird nicht mehr in einem Heft behandelt, sondern erweitert und blockweise ins neue Geschichtsbuch eingebaut.

Die Hefte des 8. und 9. Schuljahres erscheinen ab sofort in Buchform. Die Schweizergeschichte wird nicht, wie vorgesehen, im Heft II vorhanden sein, sondern blockweise in die entsprechenden Weltgeschichtsepochen eingebaut.

Bis für das 6. und 7. Schuljahr das neue Geschichtsbuch druckfertig vorliegt, müssen sich die Lehrer mit den drei neuen Heften und Franz Meyers Buch begnügen.

UR: Weniger Schüler an der Urner Mittelschule

Unter dem Vorsitz von Hans Zurfluh tagte die Betriebsgesellschaft des Kollegiums Karl Borromäus. Das letzte Jahr stand im Zeichen zweier bedeutsamer Neuerungen. So wurde der Internatsbetrieb nach 70jährigem Bestehen aufgehoben und mit dem Marianhiller-Gymnasium eine Koordination eingeleitet, die sich bereits bewähren konnte. Weiter erkannte das Eidgenössische Departement des Innern der Urner Mittelschule den Matura-C-Typ zu. Dem Bericht der Schulleitung war zu entnehmen, dass die Schülerzahl weiterhin rückläufig ist. Für die Zukunft soll die akademische Berufsberatung intensiviert werden. Die Leitung prüft im übrigen, wie das fakultative zehnte Schuljahr in den Unterrichtsablauf integriert werden kann. Für Neueinrichtungen und Reparaturen am Kollegium Karl Borromäus sind im Budget zwischen einer und anderthalb Millionen Franken eingesetzt.

SZ: Seminar-Konkordat gekündigt

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz hat die mit den Kantonen Uri, Obwalden, Nidwalden und Appenzell-IR sowie dem Fürstentum Liechtenstein im Jahre 1968 abgeschlossenen Konkordate betreffend das Lehrerseminar Rickenbach vorsorglich auf den 31. Dezember 1978 gekündigt. Die Konkordatstexte sehen eine solche Kündigung auf den Ablauf einer zehnjährigen Vertragsdauer hin vor. Zur Kündigung sah sich der Regierungsrat durch den Bericht einer von ihm bestellten Kommission über die Lehrerausbildung veranlasst. Den Konkordatspartnern wurde mitgeteilt, dass der Kanton Schwyz zu Verhandlungen über neue Konkordate, die den gegenwärtigen und künftigen Verhältnissen anzupassen sind, bereit ist. Mit den Konkordaten verpflichtete sich der Kanton Schwyz gegenüber den Vertragspartnern, gegen festgelegte finanzielle Leistungen eine

bestimmte Anzahl von Schülern ins Seminar aufzunehmen.

SZ: 10 Millionen für die Erneuerung der Kantonsschule Kollegium Schwyz?

Noch dieses Jahr oder dann anfangs 1977 wird der Schwyzer Regierungsrat dem Kantonsparlament einen Entwurf über die bauliche Erneuerung der Kantonsschule Kollegium Schwyz vorlegen. Aufgrund einer Untersuchung, die zwar keinen Abbruch des Gebäudes, aber doch gründliche Renovationsarbeiten fordert, wird nun ein neues Raumkonzept erarbeitet, das ungefähr Ende April vorliegen sollte.

FR: Jeder fünfte Student ist ein Freiburger

In einem Dokument über die Universität Freiburg stellt Gaston Gaudard, Rektor der Universität, fest, dass der Anteil der im Kanton Freiburg wohnhaften Studenten an der Uni noch nie so hoch war. Gegenwärtig sind 582 freiburgische Studenten immatrikuliert, was 22,4 Prozent des Totals entspricht. 1965 waren es nur 15,5 Prozent. 1973 bis 1974 befanden sich 417 Freiburger an anderen Universitäten. Von den heutigen Studenten sind 65 Prozent deutsch sprechende. 61,5 Prozent sind unter 23 Jahren, 14 Prozent sind schon verheiratet.

SH: Zu viele Lehrkräfte in Schaffhausen

Während in den Vorjahren die Gemeinden und Schulbehörden sich jeweils um die Absolventen des Oberseminars sozusagen «rissen» und diese schon vor Abschluss ihrer Ausbildungszeit ihre Stelle hatten, wird jetzt damit gerechnet, dass in diesem Frühjahr 14 Junglehrer stellenlos sein werden, die man freilich für Stellvertretungen einsetzen wird oder anderswie beschäftigen zu können hofft. Längerfristig wird aber mit einer «Überproduktion» an Lehrkräften gerechnet. Im Unter- und Oberseminar schwanken die Bestände zwischen 40 und 60 Absolventen, was jetzt als «eindeutige Überproduktion» bezeichnet wird; auf Zeit wird der jährliche Bedarf mit 20 neuen Lehrkräften pro Jahr angegeben. Diese «neuen Verhältnisse» haben auch mit der demographischen Entwicklung zu tun. 1966 erreichte die Zahl der «Erstklässler» im Kanton den Höchstwert von 1188; bis 1981 wird diese Zahl um nicht weniger als ein Drittel auf rund 850 sinken. An den Numerus clausus werde nicht gedacht, heisst es, aber an eine schärfere Selektionierung. Zurzeit liegt die Revision des kantonalen Schulgesetzes zu gründlicher Erdauerung beim Regierungsrat. Im Licht der gewandelten Situation auf dem Lehrermarkt gewinnt die Absicht, das sogenannte Rucksackjahr nach Absolvierung des Seminars – eine Einrichtung aus der Krisensituation der dreissiger Jahre, die damals landesweite Beach-

tung fand – wieder einzuführen sowie die Gemeindezulagen an Lehrerbesoldungen von Gesetzes wegen abzuschaffen, besonderer Relevanz. (NZZ Nr. 65)

SG: Initiative für kleinere Klassen

Die Gewerkschaft Erziehung (GE) und die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) haben nun auch bei der Staatskanzlei des Kantons St. Gallen eine Gesetzesinitiative angemeldet, welche die gesetzliche Festlegung der Höchstzahl der von einer Lehrkraft gleichzeitig zu unterrichtenden Schüler verlangt.

AG: Kürzung der Ortszulagen für Bremgartner Lehrer

In Bremgarten ist mit 611 zu 328 Stimmen in einer Referendumsabstimmung beschlossen worden, die Ortszulagen für die Lehrerschaft um die Hälfte zu kürzen. Die Kürzung war bereits an der Einwohnergemeindeversammlung im Dezember 1975 beschlossen worden. Gegen diesen Beschluss, der das Einkommen des einzelnen Lehrers um maximal 750 Franken pro Jahr verringert, wurde von der Republikanischen Bewegung das Referendum ergriffen. Die Gemeinde spart jährlich rund 25 000 Franken. Die Stimmbeteiligung betrug 37 Prozent.

AG: Zu viele Lehrer im Aargau

Der Kanton Aargau rechnet für die Primarschulstufe auch in den kommenden Jahren mit einem massiven Lehrerüberangebot. Nach einer dieser Tage veröffentlichten Prognose werden bis 1980 rund 175, bis 1990 gegen 300 Lehrkräfte mehr vorhanden sein als Schulklassen, auch wenn eine stufenweise Reduktion der Klassenbestände vorgenommen würde. Ohne diese vorgesehene Massnahme und ohne weiteren Ausbau des 9. Schuljahres würde der Lehrerüberschuss bis 1990 sogar auf über 500 Lehrkräfte ansteigen.

AG: Wieder kleinere Schulklassen gefordert

Einmal mehr wird die Senkung der Bestände der Aargauer Schulklassen gefordert: Nachdem vor kurzem eine Initiative der Gewerkschaft Erziehung, die das gleiche Ziel verfolgt, lanciert wur-

de, hat nun auch die Grossrätin Sonja Schmidt mit einem Postulat nachgezogen: Sie fordert die Regierung auf, auf Beginn des Schuljahres 1977/78 die «sukzessive Senkung der Klassenbestände einzuleiten» – und zwar mit dem Ziel, in einem Zeitraum von fünf Jahren die Richtzahlen für Klassenbestände zu erreichen, wie sie schon ab kommendem Schuljahr zum Beispiel im Kanton Solothurn Gültigkeit haben.

VS: Mitteilungsblatt für das Oberwallis

Am 20. Dezember 1975 ist die erste Nummer eines Mitteilungsblattes des Erziehungsdepartementes für das Oberwallis erschienen. Es bezweckt die Verbesserung der Information im Bereich des Bildungswesens und wird Mitteilungen des Erziehungsdepartementes, der kantonalen Amtsstellen, der Lehrerorganisationen und anderer Vereinigungen zur Förderung von Schule und Erwachsenenbildung publizieren.

VS: Mittelschulprojekt in Sitten

Der Walliser Erziehungsdirektor, Staatsrat A. Zuferey, hat an einer Pressekonferenz das Projekt für den Bau einer kantonalen Mittelschule in Sitten vorgestellt. Vorgesehen ist ein dreistöckiges Gebäude in der Grünzone der Altstadt, in welchem mehr als 700 Schüler unterrichtet werden sollen.

NE: Halbtagsstellen für Lehrer in Neuenburg

Der neuenburgische Staatsrat hat die Einführung von Halbtagsstellen für Lehrer in Primarschulen und der vorberuflichen Abteilung der Sekundarschulen beschlossen. Demnach können sich je zwei Lehrer in ein Lehramt teilen. Der staatsrätliche Beschluss ist jedoch auf die Schuljahre 1976/77 und 1977/78 beschränkt.

Für zwei Lehrer, die sich zusammen in ein Lehramt teilen möchten, gelten jedoch bestimmte Anordnungen. Sie müssen sich zum Beispiel schriftlich dazu bereiterklären, pädagogisch und methodologisch ähnlich zu lehren. Der Beschluss des Staatsrats geht auf ein Postulat von sozialdemokratischer Seite zurück, das vergangenen Mai vom neuenburgischen Grossen Rat gutgeheissen wurde.

Umschau

Wichtige Stellungnahme und Beschlüsse der Erziehungsdirektorenkonferenz

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) tagte am 11. März 1976

in Bern unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. A. Gilgen, Zürich, und im Beisein des Vorstehers des Eidg. Departements des Innern, Bundesrat Dr. Hans Hürlimann.

Die Konferenz nahm vorerst Stellung zum Bericht der Arbeitsgruppe «Jugendliche und Arbeitsmarkt» des BIGA. Nach eingehender Diskussion empfahl sie jenen Kantonen, die das 9. obligatorische Schuljahr noch nicht eingeführt haben,